

Strategen-Treff in Washington**'Kinderhort für die jungen Demokratien'**

In Amerika wächst die Skepsis über die Ausdehnung der NATO nach Osteuropa

Von Josef Joffe

Washington, Ende Mai - Es ist noch gar nicht lange her, da gehörten die USA zu den freudigsten NATO-Erweiterern. Inzwischen aber flacht der Enthusiasmus ab, jedenfalls in jenem Milieu, das als strategic community bekannt ist und aus den Think Tanks, Akademikern und Publizisten besteht, die sich berufsmäßig mit Verteidigungs- und Außenpolitik beschäftigen.

Interessantestes Indiz ist ein jüngst veröffentlichter Bericht - Soll die NATO expandieren? - des Council on Foreign Relations in New York, des ältesten und angesehensten Instituts, der vor Ambivalenz nur so wabert. Er diskutiert fein säuberlich die Pros und Contras; zu einer Erweiterungs-Empfehlung konnte er sich nicht durchringen. Ursprünglich hatte Henry Kissinger die Studiengruppe angeführt, doch hat er im Laufe der Beratungen die Demission eingereicht, weil ihm die zögerlich-abwartende Haltung der Kommission nicht paßte; unterschrieben hat er die Empfehlungen auch nicht.

Daß Kissinger sich nicht durchsetzen konnte, zeigt, daß sich die Gewichte in den USA zugunsten der Anti-Erweiterer verschieben. Dabei läßt sich nur die zögerliche Verschiebung von Pro nach Contra registrieren, beileibe kein Übergewicht für die Nein-Sager. Die offizielle Politik, zumal des Weißen Hauses, drängt nach wie vor auf Erweiterung. 'Der Präsident', sagt ein ranghoher anonymierter Offizieller, 'war schon immer dafür, auch als die 'Rußland-Zuerst'-Kräfte in der Regierung die Oberhand hatten'.

Nur in jener strategic community, welche die Begleitmusik spielt, gelegentlich gar den Ton angibt, mehrte sich die Skepsis. Das zeigte der NATO Roundtable, eine Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung, die alljährlich den üblichen Strategen-Querschnitt in Washington versammelt. 'Eine schlechte Idee,' lautete das brutale Resümee des Strategie-Professors John Mearsheimer von der Universität Chicago. Wenn die Ostgrenze der NATO Richtung Rußland ver-

schohen wird, werden die Russen das als Einladung, gar als Anstoß nutzen, alle anderen Länder, die draußen bleiben, in ihre Einfluß-Sphäre zu treiben: die Ukraine, das Baltikum, Rumänien, Bulgarien. 'Aus russischer Sicht bedeutet die Erweiterung Einkreisung.'

Fred Iklé, ein Schwergewicht in der Regierung Reagan, monierte, daß schon die Prämisse falsch sei. 'Wir betrachten die Erweiterung als Kinder- und Schutzhort für die jungen Demokratien in Ostmitteleuropa, aber mit einer effektiven Bündnisstrategie hat dies nichts zu tun.' Bündnisse, so der Tenor der Skeptiker, müssen sich vorweg andere Fragen stellen: Ist der neue Partner ein Sicherheitsproduzent oder bloß ein Sicherheitskonsument? Wird die Allianz nicht durch mehr Mitglieder bloß verwässert, also weniger handlungs- und konsensfähig?

Der Botschafter der Tschechischen Republik, eines der Länder, die am lautesten nach der Mitgliedschaft rufen, konnte derlei Zweifel nicht ausräumen. Selbst er fragte: 'Wird die Erweiterung die Sicherheit der NATO und der USA mehren? Sogar wir Tschechen fragen uns, ob wir irgendwann die Türkei verteidigen werden müssen. Doch können wir Verpflichtungen nur zugunsten unserer eigenen Bürger eingehen. Wir wollen keiner Organisation beitreten, die aufgrund unserer Mitgliedschaft schwächer wird.' Das klang fast wie der berühmte Spruch von Groucho Marx, der einst verkündete: 'Ich möchte keinem Club beitreten, der Leute wie mich als Mitglied aufnimmt.'

Viele Amerikaner erinnerten auch an die harten, längst nicht durchdachten Fragen, die sich jedes Bündnis stellen muß, zumal das atlantische: Wer bekommt eine Nukleargarantie? Wie weit werden die Bündnisstruppen vorgeschoben - eine Frage, die an die unselige anglo-französische Garantie für Polen anno 1939 anknüpfte: kräftig im Wort, lasch in der Tat. Wer werde überhaupt die Milliarden aufbringen, um die Armeen der Neuzugänge auf NATO-Standard zu bringen?

Noch schwieriger werde sich die Innenpolitik gestalten, wenn es denn zum Schwur kommt. Zwar betonte Robert Zoellick, eine wichtige Figur im engsten Kreis der Bush-Regierung, daß es 'im Prinzip keine Debatte mehr' gebe: Clinton sowie die Republikaner-Größen Dole, Lugar und Gramm seien alle für die Erweiterung. Der Ex-Pentagon-Staatssekretär Iklé warnte indes: 'Die innenpolitische Unterstützung geht nicht sehr tief.' Wenn erst der Kongreß über konkrete Sicherheitsgarantien debattiert, werde sich zeigen, wie dünn das Eis ist. Es sei besser, die Zusammenarbeit mit den Visegrad-Armeen innerhalb der 'Partnerschaft für den Frieden' voranzutreiben und für den Fall des Falles, also russischer Ausdehnungsgelüste, eine 'rasche Erweiterungskapazität bereitzuhalten'.

Rußland, das ist das Dilemma par excellence. Wie Moskau als Partner einbinden, ohne ihm ein Vetorecht, geschweige denn eine osteuropäische Einflußsphäre zu kendenzen? Niemand darf leugnen, daß ein Quantum an Beschwichtigung die gesamte westliche Politik durchzieht - von Bonn bis Washington; niemand will Rußland 'verlieren'. Gewiß wird dies der entscheidende Punkt der Debatte sein, und da werden die amerikanischen Erweiterer ganz hart. Dimitri Simes, Rußland-Experte und Präsident des neugegründeten Nixon Center, warnte die Waberer davor, russische Proteste für bare Münze zu nehmen: 'In Wahrheit gibt es keinen heftigen inneren Widerstand gegen die Erweiterung in Rußland; die Opposition wird von Jelzin und Kosyrew konstruiert, um den Westen zu erpressen. Leute wie Lobow (der nationale Sicherheitsberater) geben sogar zu, daß die Erweiterung die strategische Lage für Rußland nicht ändert.'

Robert Zoellick, der maßgeblich an den Zwei-plus-vier-Verhandlungen beteiligt war, sekundierte. 'Das Schicksal der russischen Reformen hängt nicht von der Erweiterung ab.' Und: 'Amerika muß den Russen klarmachen, daß Ostmitteleuropa keine russische Einflußsphäre ist.'